

Terms and Conditions

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

V. b. b.

Nachrichten

des Landesverbandes Oberösterreichs des Zentralverbandes der Landesorganisationen der Kriegsinvaliden u. Kriegerhinterbliebenen in Linz a. D.
Redaktion, Verwaltung u. Expedition: Linz, Promenade 11, Tel. Aut. 4103. — Redaktionsluß am 15. jeden Monats.
Erscheint monatlich einmal. Für Nichtmitglieder 15 Groschen.

Nr. 1.

Linz, am 1. Jänner 1926.

4. Jahrgang.

Inhalt:

Unsere Zeitung. — Am Neujahrstag. — Mieterschutz und Kriegsofopfer. — Reichsbelegiertentag. — Länderbelegiertentag. — Konferenz des Zentralverbandes Wien. — Die Lage der österreicherischen Kriegsofopfer. — Der erste Erfolg im Kampfe um die Verbesserung der Kriegsofopferfürsorgegesetzgebung. — Versammlungen und Sitzungen. — Verbandsangelegenheiten. — Sterbetafel.

Unsere Zeitung.

Mit 1. Jänner erfolgt die Einführung unserer „Nachrichten“ obligatorisch und erhält jedes Mitglied dieselben per Post zugesendet.

Die Bezahlung erfolgt mit der Leistung des Mitgliedsbeitrages und sind ab 1. Jänner 1926 pro Monat 40 g zu leisten. Mit diesem Betrag ist der Mitgliedsbeitrag sowie die Zeitungsgebühr gedeckt. Eine separate Bezahlung der Zeitung mittels Erlagscheines hat daher zu unterbleiben.

Wir geben der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Kameradinnen und die Kameraden diese Einführung zu schätzen wissen werden. Es wird nun kein Mitglied mehr geben, das nicht über alle Vorkommnisse auf dem Gebiete der Kriegsofopferfürsorge und -Gesetzgebung, sowie innerhalb der Organisation informiert wäre. Es wird dies sicherlich zur Stärkung unserer Organisation beitragen und damit unsere Kampffähigkeit erhöhen. Wir ersuchen recht herzlich, uns in unserem Bestreben, die Presse auszubauen, zu unterstützen.

Schließlich bitten wir um Entschuldigung, wenn die Jänner-Nummer unserer Zeitung nicht alle Mitglieder rechtzeitig erhalten. Es kommt dies davon, daß wir noch nicht das gesamte Adressenmaterial von den Ortsgruppen bekommen haben. Um eine geregelte Zusendung der Zeitung zu ermöglichen, ist es unbedingt notwendig, daß im Falle von Wohnungsveränderungen die zuständige Ortsgruppe aufmerksam gemacht wird, damit diese dem Landesverband die neue Adresse mitteilen kann.

Die Ortsgruppen ersuchen wir um rechtzeitige Meldung von Veränderungen innerhalb ihrer Mitgliedschaft, damit nicht jemandem die Zeitung zugesendet wird, der schon lange seinen Verpflichtungen gegenüber der Organisation nicht nachgekommen ist.

Anläßlich des Jahreswechsels entbieten wir allen Mitgliedern und Lesern unserer „Nachrichten“

die herzlichsten Glückwünsche.

Der Vorstandsvorsitzende.

Am Neujahrstag.

Wenn sich am Neujahrstag gute Freunde treffen, beginnt ein Händeschütteln und Glückwünschen, das die Freundschaft wieder erneuert und festigt. Dann erzählt der Freund dem anderen seine Erlebnisse im abgelaufenen Jahre und sprechen die Erwartung aus, daß das kommende Jahr ein besseres sein möge. Alle Menschen wollen ein besseres Jahr, alle erwarten ein solches. Der Reiche erhofft sich mehr Gewinn, der Arme eine Arbeit, besseren Lohn, der Advokat mehr dumme Leute, die Prozesse führen, der Arzt mehr Kranke, die Kranken die Gesundheit, die jungen Mädchen einen Mann, die Ehemänner die Witwerschaft usw.

Jeder Mensch, der verurteilt ist, auf Erden zu wandeln, ja auch die Tiere haben ihre Wünsche. Die Pferde erwarten eine gute Haferernte, die Hühner eine Erhöhung der Eierpreise, damit ihre Arbeit höher eingeschätzt wird, die Hunde die Aufhebung des Beißkorbzwanges.

Warum soll da unsere Zeitung zurückbleiben? Auch sie ist schon Tausenden lieb und teuer geworden, denn sie spricht zu jedem wie ein guter Freund. Lassen wir auch sie zu ihren Freunden plaudern.

Als wir die Schwelle des Jahres 1925 betraten, schlugen die Herzen der Kriegsofopfer höher, sie gingen einem neuen Jahre entgegen, das sicherlich der furchtbaren Lage der Kriegsofopfer ein Ende bereiten wird.

Wie wurden sie doch so bitter enttäuscht. Das Dasein wurde den Kriegsofopfern noch mehr erschwert, geradezu unmöglich gemacht. Trotz fortwährender Steigerung der Preise aller Bedarfsartikel blieb die „Entschädigung“ gleich hoch, die engherzigen Bestimmungen der Gesetze, betreffend die Kriegsofopferfürsorge wurden nicht verbessert, ja selbst durch Auslegungen noch bedeutend verschlechtert.

Zudem gab der Staat nicht einmal die ganzen Mittel, die zur Versorgung notwendig sind. Die Kriegsofopfer mußten selbst aus den Kriegsgeschädigtenfonds einen Teil dazu beitragen, sind also zum Teile Selbstversorger geworden. Das genügte manchen Herren noch nicht, weshalb ein Studienkomitee eingesetzt wurde, das zu überprüfen hätte, ob die Güter der armen Familie Habsburg nicht vielleicht privat gehören. Von den Ergebnissen dieser Studien ist noch wenig in die Öffentlichkeit gelangt. Jedenfalls werden wir die Ergebnisse genauestens verfolgen und auf der Hut sein.

Die Regierung hat einen Gesetzentwurf eingebracht, welcher Entscheidungen bringen soll. Die Bundesangestellten sollen ihre Begünstigungen nach dem Bundesgesetz Nr. 90 verlieren, die Behörden sollen zusammengelegt werden, damit gespart wird.